

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 20/2730 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Güterrechtsregisters

A. Problem

Die Bundesregierung stellt fest, dass die bei den Amtsgerichten geführten Güterrechtsregister, in die auf Antrag von Ehegatten Eintragungen über deren güterrechtliche Verhältnisse vorgenommen würden, weitgehend funktionslos geworden seien. Der nur noch geringen Bedeutung stehe ein hoher Aufwand für die Führung der Register und die Archivierung der zugehörigen Akten gegenüber. Im Interesse des Bürokratieabbaus solle das Güterrechtsregister daher ersatzlos abgeschafft werden. Mit Blick auf den Vertrauensschutz der Eingetragenen sei eine Übergangsfrist von fünf Jahren ab der Abschaffung des Güterrechtsregisters vorgesehen, in der für Alteintragen die Wirkung der Eintragung gegenüber Dritten nach dem geltenden § 1412 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in geänderter Fassung weiter gelte.

B. Lösung

Durch die im Ausschuss vorgenommenen Änderungen soll zudem den aktuellen Entwicklungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten Rechnung getragen werden, die die finanzielle Situation von Unternehmen belasten und deren vorausschauende Planung erschweren. Vor diesem Hintergrund sollen unter anderem bis zum 31. Dezember 2023 der Insolvenzantragsgrund der Überschuldung gemäß § 19 der Insolvenzordnung (InsO) auf einen viermonatigen statt derzeit zwölfmonatigen Prognosezeitraum bezogen werden und zur Beseitigung einer Überschuldung bis zu acht Wochen zur Verfügung stehen.

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/2730 mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. Die Bezeichnung des Gesetzentwurfs wird wie folgt gefasst:

„Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des
Güterrechtsregisters und zur Änderung des
COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes“.

2. Die Eingangsformel wird wie folgt gefasst:

„Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:“.

3. Nach Artikel 8 wird folgender Artikel 9 eingefügt:

Artikel 9

Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes

Das COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Februar 2021 (BGBl. I S. 237) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Gesetz zur vorübergehenden Anpassung sanierungs-
und insolvenzrechtlicher Vorschriften zur Abmilderung
von Krisenfolgen

(Sanierungs- und insolvenzrechtliches
Krisenfolgenabmilderungsgesetz – SanInsKG)“.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 4

Prognose- und Planungszeiträume“.

- b) Der Wortlaut wird Absatz 1.

- c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) In dem Zeitraum vom ... [einsetzen: Datum des Tages
des Inkrafttretens nach Artikel 10 Satz 2 dieses Gesetzes] bis ein-
schließlich 31. Dezember 2023 tritt an die Stelle des in

1. § 19 Absatz 2 Satz 1 der Insolvenzordnung genannten Zeit-
raums von zwölf Monaten,
2. § 270a Absatz 1 Nummer 1 der Insolvenzordnung genannten
Zeitraums von sechs Monaten und

3. § 50 Absatz 2 Nummer 2 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes genannten Zeitraums von sechs Monaten

ein Zeitraum von vier Monaten. Satz 1 gilt auch, wenn vor dem ... [einsetzen: Datum des Tages des Inkrafttretens nach Artikel 10 Satz 2 dieses Gesetzes] eine Überschuldung nach § 19 Absatz 2 Satz 1 der Insolvenzordnung vorlag, es sei denn, dass der für eine rechtzeitige Antragstellung maßgebliche Zeitpunkt nach § 15a Absatz 1 Satz 1 und 2 der Insolvenzordnung bereits verstrichen ist.“

3. Nach § 4 wird folgender § 4a eingefügt:

„§ 4a

Höchstfrist für die Antragstellung bei Überschuldung

In dem Zeitraum vom ... [einsetzen: Datum des Tages des Inkrafttretens nach Artikel 10 Satz 2 dieses Gesetzes] bis einschließlich 31. Dezember 2023 tritt an die Stelle des in § 15a Absatz 1 Satz 2 der Insolvenzordnung genannten Zeitraums von sechs Wochen ein Zeitraum von acht Wochen.“

4. Der bisherige Artikel 9 wird Artikel 10 und wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden die Wörter „Sätze 2 und 3“ durch die Wörter „Sätze 2 bis 4“ ersetzt.
- b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Artikel 9 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.“

Berlin, den 19. Oktober 2022

Der Rechtsausschuss

Elisabeth Winkelmeier-Becker
Vorsitzende

Esther Dilcher
Berichterstatterin

Susanne Hierl
Berichterstatterin

Helge Limburg
Berichterstatter

Katrin Helling-Plahr
Berichterstatterin

Fabian Jacobi
Berichterstatter

Susanne Hennig-Wellsov
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Esther Dilcher, Susanne Hierl, Helge Limburg, Katrin Helling-Plahr, Fabian Jacobi und Susanne Hennig-Wellsow

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/2730** in seiner 54. Sitzung am 22. September 2022 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2730 in seiner 23. Sitzung am 19. Oktober 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung. Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde einstimmig angenommen.

Der **Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung** hat sich mit der Vorlage auf Bundesratsdrucksache 242/22 (Bundestagsdrucksache 20/2730) in seiner 7. Sitzung am 22. Juni 2022 befasst und festgestellt, dass eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfs gegeben sei. Der Bezug zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ergebe sich hinsichtlich folgender Leitprinzipien einer nachhaltigen Entwicklung, Sustainable Development Goals (SDGs) und Indikatorenbereiche: Leitprinzip 1 - Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden, SDG 7 - Bezahlbare und saubere Energie und Indikatorenbereich 7.1 - Ressourcenschonung. Die Darstellung der Nachhaltigkeitsprüfung sei plausibel. Eine Prüfbitte sei daher nicht erforderlich.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2730 in seiner 26. Sitzung am 19. Oktober 2022 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Annahme des Gesetzentwurfs in der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Fassung. Die Änderungen beruhen auf einem Änderungsantrag, den die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in den Rechtsausschuss eingebracht haben und der mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD angenommen wurde.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte mit Blick auf das Verfahren, dass der in den Ausschuss eingebrachte Änderungsantrag auf eine Anpassung insolvenzrechtlicher Vorschriften abziele und mithin keinen Zusammenhang zur geplanten Abschaffung des Güterrechtsregisters aufweise. Ferner sei der ursprüngliche Gesetzentwurf nicht überzeugend begründet, da weiterhin ein gewisses – wenngleich möglicherweise reduziertes – Bedürfnis für die Fortführung des Güterrechtsregisters bestehe. Vor diesem Hintergrund wäre anstelle der Abschaffung die Einführung eines elektronischen Güterrechtsregisters sachgerecht und auch umsetzbar, sofern von der Digitalisierung von Altbeständen abgesehen werde. Die beabsichtigte Abschwächung insolvenzrechtlicher Vorschriften solle lediglich darüber hinwegtäuschen, dass nicht auf eine Beseitigung der die Unternehmen belastenden Umstände hingewirkt werde. Der Gesetzentwurf wie auch der Änderungsantrag seien daher abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte zum Hintergrund der geplanten Abschaffung des Güterrechtsregisters, die Gründe, die einst zu dessen Einführung geführt hätten, seien mittlerweile obsolet. Das Register sei nicht mehr zeitgemäß und werde in der heutigen Praxis nicht mehr genutzt. In den karteikartenbasierten Registern fänden sich viele veraltete und damit bedeutungslose Eintragungen, die gleichwohl mit entsprechendem Aufwand weiter gepflegt werden müssten. Eine Digitalisierung des Güterrechtsregisters würde weitere rechtliche und verfahrenstechnische

Änderungen erfordern; hierfür bestehe indes schlicht kein Bedarf. Die vorgesehene Änderung insolvenzrechtlicher Regelungen und insbesondere die Verkürzung von Prognosezeiträumen sei dringend erforderlich, um zu vermeiden, dass Unternehmerinnen und Unternehmer einem besonders hohen Risiko der Strafbarkeit ausgesetzt seien, wenn sich beispielsweise nach Ablauf eines angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheiten nur schwer überschaubaren Prognosezeitraums herausstelle, dass ein Insolvenzantrag bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätte gestellt werden müssen.

IV. Zur Begründung der Beschlussempfehlung

Im Folgenden werden lediglich die vom Rechtsausschuss empfohlenen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs erläutert. Soweit der Ausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt, wird auf die Begründung auf Drucksache 20/2730 verwiesen.

Zur Neufassung der Bezeichnung des Gesetzentwurfs

Die neue Bezeichnung spiegelt die durch Artikel 9 vorgenommenen Änderungen des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes wider.

Zur Eingangsformel

Die Änderung trägt dem Umstand Rechnung, dass der Gesetzentwurf keine Regelungen enthält, die eine Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes auslösen

Zum neuen Artikel 9 (Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (neue Überschrift des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes)

Die neue Bezeichnung soll erkennbar werden lassen, dass das Gesetz künftig nicht mehr ausschließlich Bestimmungen zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie enthalten wird.

Zu Nummer 2 (Änderung des § 4)

Die derzeitigen Verhältnisse und Entwicklungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten belasten nicht nur die finanzielle Situation von Unternehmen, sondern erschweren auch deren vorausschauende Planung. Das gilt auch für die Planungen, die das Insolvenzrecht den Geschäftsleitern haftungsbeschränkter Unternehmensträger durch die Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrags wegen Überschuldung (§ 15a Absatz 1 Satz 1 Alternative 2 der Insolvenzordnung (InsO)) auferlegt. Deckt das Vermögen des Unternehmens nicht mehr dessen Verbindlichkeiten, besteht eine zur Antragstellung verpflichtende Überschuldung, wenn die Fortführung des Unternehmens über einen Zeitraum von zwölf Monaten nicht mehr überwiegend wahrscheinlich ist (§ 19 Absatz 2 Satz 1 InsO). Derartige Prognosen lassen sich angesichts der derzeitigen Preisvolatilitäten und der auf absehbare Zeit weiterhin bestehenden Unsicherheiten über Art, Ausmaß und Dauer des eingetretenen Krisenzustands oft nur auf unsichere Annahmen stützen. Die Geschäftsleiter solcher Unternehmen werden damit haftungs- und strafrechtlichen Risiken ausgesetzt, die sie nur durch eine Insolvenzantragstellung sicher vermeiden können. Das betrifft insbesondere auch Unternehmen, deren Bestandsfähigkeit unter normalen Umständen, das heißt bei Hinwegdenken der derzeitigen Preisvolatilitäten und Unsicherheiten außer Zweifel stünde. Solange diese Unternehmen aber in der Lage sind, ihren Zahlungspflichten über einen Zeitraum von mindestens vier Monaten nachzukommen, liegt es im gesamtwirtschaftlichen Interesse an der Vermeidung weiterer Verwerfungen auf den Märkten, diesen Unternehmen den Gang in ein Insolvenzverfahren zu ersparen. Um zu vermeiden, dass diese Unternehmen allein wegen dieser allgemeinen, alle Marktteilnehmer treffenden Unsicherheiten in ein Insolvenzverfahren gezwungen werden, soll der Insolvenzeröffnungsgrund der Überschuldung daher auf einen Prognosezeitraum von vier Monaten bezogen werden. Konsequenzen aus den derzeitigen Prognoseunsicherheiten werden auch für die zeitlichen Horizonte gezogen, die den Planungen im Rahmen von Sanierungen zugrunde zu legen sind (§ 270a Absatz 1 Nummer 1 InsO und § 50 Absatz 2 Nummer 2 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG)); auch diese Planungen sollen vorübergehend auf einen Zeitraum von vier Monaten bezogen werden können.

Zu Buchstabe a

Die Neufassung der Überschrift spiegelt wider, dass die Regelung künftig nicht mehr allein den der Überschuldungsprüfung zugrunde zu legenden Prognosezeitraum modifiziert, sondern auch weitere Prognosezeiträume, namentlich die der Eigenverwaltungsplanung nach § 270a Absatz 1 Nummer 1 InsO und der Restrukturierungsplanung nach § 50 Absatz 2 Nummer 2 StaRUG zugrunde zu legenden Planungszeiträume.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Einfügung des neuen Absatzes 2.

Zu Buchstabe c

Der Insolvenzantragsgrund der Überschuldung (§ 19 InsO) soll für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2023 auf einen viermonatigen, statt derzeit zwölfmonatigen Prognosezeitraum bezogen werden (Nummer 1). Damit soll verhindert werden, dass Geschäftsleiter gezwungen werden, Unternehmen in Insolvenzverfahren zu führen, an deren Fortbestand bei Hinwegdenken der derzeitigen vorübergehenden Preisvolatilitäten und Unsicherheiten keine Zweifel bestünden. Dabei verzichtet der Entwurf darauf, den Anwendungsbereich der Vorschrift an eine entsprechende Voraussetzung zu binden, insbesondere ein Kausalitätserfordernis einzuführen, das die Prognoseunsicherheiten auf die Entwicklungen an den Energiemärkten rückbezieht. Von den derzeitigen Verhältnissen sind mehr oder weniger alle Wirtschaftsteilnehmer zumindest mittelbar betroffen. Einem Kausalitätserfordernis müsste daher ein Maß für eine hinreichende Betroffenheit zugrunde gelegt werden, das sich schwerlich festlegen lässt, ohne damit Unsicherheiten der Art in Kauf zu nehmen, die durch die Verkürzung des Prognosezeitraums gerade ausgeschlossen werden sollen. Das erscheint bei einer vorübergehenden Verringerung des Prognosezeitraums auch ordnungspolitisch vertretbar. Denn die Antragspflicht wegen Überschuldung wird nicht ausgesetzt, sondern an Verhältnisse angepasst, die längerfristige Prognosen ohnehin kaum zulassen.

Prognosen sind auch von Schuldnern zu erstellen, die ihr Unternehmen im Rahmen eines Restrukturierungsverfahrens nach dem StaRUG oder im Rahmen eines Eigenverwaltungsverfahrens sanieren wollen. Nach § 270a Absatz 1 Nummer 1 InsO und § 50 Absatz 2 Nummer 2 StaRUG sind Finanzpläne vorzulegen, aus denen sich für einen Zeitraum von sechs Monaten ergibt, dass das Unternehmen unter Berücksichtigung der Sanierungs- und Verfahrenskosten durchfinanziert ist. Kann eine entsprechende Planung nicht vorgelegt werden, ist die Durchführung eines Eigenverwaltungsvorhabens zwar nicht ausgeschlossen, jedoch an die Voraussetzung gebunden, dass dennoch davon ausgegangen werden kann, dass die Durchführung des Vorhabens im Interesse der Gläubiger liegt (§ 270b Absatz 2 InsO). Wird im Rahmen eines Restrukturierungsverfahrens eine entsprechende Planung nicht vorgelegt, kann keine Stabilisierungsanordnung erwirkt werden (vergleiche § 51 StaRUG). Um den derzeitigen Prognoseunsicherheiten auch im Kontext solcher Vorhaben angemessen Rechnung zu tragen, soll der jeweilige Planungshorizont im Einklang mit den Erwägungen, welche die Verkürzung des der Überschuldungsprüfung zugrunde zu legenden Zeitraums motivieren, auf vier Monate verringert werden (Nummer 2 und 3).

Die Regelungen sollen den derzeitigen und auf absehbare Zeit fortbestehenden Prognoseunsicherheiten Rechnung tragen und deshalb nur vorübergehend gelten. Da sich einerseits nicht absehen lässt, wie lange die derzeitigen Unsicherheiten fortauern werden, und da andererseits vermieden werden soll, dass der Geltungszeitraum zu kurz bemessen wird und insoweit wieder Unsicherheiten erzeugt, sollen die Regelungen bis zum 31. Dezember 2023 gelten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Regelungen schon vor dem Ablauf der Geltungsdauer einen Teil ihrer praktischen Wirksamkeit einbüßen können. Denn wenn für ein Unternehmen weniger als vier Monate vor dem Ablauf der Geltungsdauer feststeht, dass es unmittelbar nach dem Ablauf dieser Geltungsdauer unter dem dann wieder maßgeblichen Überschuldungsbegriff des § 19 InsO überschuldet sein wird, kann dieser Befund auch für die unter § 4 Absatz 2 zu erstellende Fortführungsprognose relevant sein.

Um den Zweck der in Satz 1 getroffenen Bestimmungen möglichst effektiv und umfassend zu erfüllen, Insolvenzverfahren auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse zu vermeiden, die insoweit unnötig sind, als sie allein durch die derzeit bestehenden Schwierigkeiten bei der Erstellung zwölfmonatiger Prognosen erzwungen würden, ist es erforderlich, dass Satz 1 auch für solche Unternehmen gilt, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung bereits überschuldet waren. Satz 2 sieht daher vor, dass Satz 1 grundsätzlich auch gilt, wenn vor dem Inkrafttreten bereits eine Überschuldung nach § 19 Absatz 2 Satz 1 InsO vorlag, es sei denn, dass der für eine rechtzeitige Antragstellung maßgebliche Zeitpunkt nach § 15a Absatz 1 Satz 1 und 2 InsO bereits verstrichen ist. Somit können auch Unternehmen, die zwar bereits überschuldet sind, bei denen der für eine rechtzeitige Antragstellung

maßgebliche Zeitpunkt nach § 15a Absatz 1 Satz 1 und 2 InsO aber noch nicht verstrichen ist, von der Neuregelung profitieren. Soweit bei diesen Unternehmen keine Zahlungsunfähigkeit vorliegt und die Fortführung des Unternehmens jedenfalls für die nächsten vier Monate überwiegend wahrscheinlich ist, entfällt daher eine zuvor bestandene Insolvenzantragspflicht. Bereits im Insolvenzeröffnungsverfahren befindliche überschuldete Unternehmen können bei einer isolierten Überschuldung, die durch den kürzeren Prognosezeitraum der neuen Regelung entfallen würde, einen selbst gestellten Insolvenzantrag zurücknehmen.

Zu Nummer 3 (neuer § 4a)

Die Regelung sieht vor, dass zur Beseitigung einer Überschuldung vorübergehend bis zum 31. Dezember 2023 bis zu acht Wochen zur Verfügung stehen. Seit dem 1. Januar 2021 sieht § 15a Absatz 1 Satz 2 InsO unterschiedliche Höchstfristen für die Stellung eines Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit und nach Eintritt der Überschuldung vor. Die Höchstfrist für die Stellung eines Insolvenzantrags nach Eintritt der Überschuldung wurde von drei auf sechs Wochen verlängert, um es „dem Schuldner [zu] ermöglichen, laufende Sanierungsbemühungen außergerichtlich noch zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen oder gegebenenfalls eine Sanierung im präventiven Restrukturierungsrahmen oder auf der Grundlage eines Eigenverwaltungsverfahrens ordentlich und gewissenhaft vorzubereiten“ (Bundestagsdrucksache 19/24181, S. 193). Durch die nunmehr vorgesehene temporäre Verlängerung von sechs auf acht Wochen soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die aktuelle Situation und die mit ihr einhergehenden Planungsunsicherheiten dazu führen können, dass für Sanierungsbemühungen sowie die Vorbereitung einer Sanierung im präventiven Restrukturierungsrahmen oder auf der Grundlage eines Eigenverwaltungsverfahrens mehr Zeit erforderlich sein kann.

Die Höchstfrist zur Antragstellung wegen Zahlungsunfähigkeit wird hingegen nicht modifiziert. Bei der Zahlungsunfähigkeit bleibt es dabei, dass die Ungewissheit über eine Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit längstens drei Wochen hinzunehmen ist (vergleiche auch Bundestagsdrucksache 19/24181, S. 193).

Zum neuen Artikel 10 (Inkrafttreten)

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Buchstabe b.

Zu Buchstabe b

Aufgrund der besonderen Eilbedürftigkeit sollen die Änderungen des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes am Tag nach der Verkündung in Kraft treten.

Berlin, den 19. Oktober 2022

Esther Dilcher
Berichterstatlerin

Susanne Hierl
Berichterstatlerin

Helge Limburg
Berichterstatler

Katrin Helling-Plahr
Berichterstatlerin

Fabian Jacobi
Berichterstatler

Susanne Hennig-Wellsov
Berichterstatlerin